



32. öffentliche Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung, Bauen und Verkehr

Gremium: Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen und Verkehr
Sitzungstermin: Dienstag, 26.04.2016, 18:00 Uhr
Ort, Raum: Raum 405, Hegelallee, Haus 1

Tagesordnung

Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung der Sitzung

- 2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung / Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom 12.04.2016 / Feststellung der öffentlichen Tagesordnung

- 3 Vorstellung von Bauvorhaben

- 3.1 Nutzungsänderungen des Handwerker- und Gewerbehofes in Babelsberg

- 4 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung

- 4.1 Verkehrserschließung Krampnitz
15/SVV/0694
Fraktion DIE LINKE
überwiesen in SBV, OBR
Fahrland, Groß Glienicke, Neu
Fahrland

- 4.2 Krampnitz Verkehrserschließung
15/SVV/0745
Fraktion CDU/ANW
OBR Fahrland, Neu Fahrland,
Groß Glienicke

- 4.3 Weg für Fußgänger und Radfahrer in Neu Fahrland
16/SVV/0127
Fraktion Bürgerbündnis-FDP
KOUL, OBR Fahrland und Neu
Fahrland, Groß Glienicke

- 4.4 Uferweg in der Speicherstadt
Fraktion DIE LINKE
FA

16/SVV/0147

- 4.5 Umwandlung eines Busparkplatzes in der Potsdamer Innenstadt Fraktion CDU/ANW
KOUL (ff)

16/SVV/0148

- 4.6 Streckenbezogene Anordnung von Tempo 30 vor Schulen, Kindertagesstätten sowie Senioren- und Pflegeheimen in der Landeshauptstadt Potsdam Fraktion CDU/ANW, SPD
KOUL (ff)

16/SVV/0162

- 4.7 Masterplan "Seekrug" Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, CDU/ANW, SPD
B/Sp.

16/SVV/0205

- 4.8 Beleuchtung in der Steinstrasse Fraktionen SPD, CDU/ANW
KOUL

16/SVV/0223

- 5 Mitteilungen der Verwaltung

- 5.1 Teilnahme am Gutachterverfahren Brauhausbergkuppe (ergänzende Neubebauung am ehemaligen Landtag)

- 6 Sonstiges



32. öffentliche Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung, Bauen und Verkehr

Gremium: Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen und Verkehr
Sitzungstermin: Dienstag, 26.04.2016, 18:00 Uhr
Ort, Raum: Raum 405, Hegelallee, Haus 1

Nachtragstagesordnung

Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung der Sitzung
- 2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung / Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom 12.04.2016 / Feststellung der öffentlichen Tagesordnung
- 3 Vorstellung von Bauvorhaben
 - 3.1 Nutzungsänderungen des Handwerker- und Gewerbehofes in Babelsberg
- 4 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung
 - 4.1 Verkehrserschließung Krampnitz
Vorlage: 15/SVV/0694
Fraktion DIE LINKE
überwiesen in SBV, OBR
Fahrland, Groß Glienicke, Neu
Fahrland
 - 4.2 Krampnitz Verkehrserschließung
Vorlage: 15/SVV/0745
Fraktion CDU/ANW
OBR Fahrland, Neu Fahrland,
Groß Glienicke
 - 4.3 Weg für Fußgänger und Radfahrer in Neu
Fahrland
Vorlage: 16/SVV/0127
Fraktion Bürgerbündnis-FDP
KOUL, OBR Fahrland und Neu
Fahrland, Groß Glienicke
 - 4.4 Uferweg in der Speicherstadt
Vorlage: 16/SVV/0147
Fraktion DIE LINKE
FA
 - 4.5 Umwandlung eines Busparkplatzes in der
Potsdamer Innenstadt
Vorlage: 16/SVV/0148
Fraktion CDU/ANW
KOUL (ff)
 - 4.6 Streckenbezogene Anordnung von Tempo 30
vor Schulen, Kindertagesstätten sowie
Senioren- und Pflegeheimen in der
Landeshauptstadt Potsdam
Fraktion CDU/ANW, SPD
KOUL (ff)

Vorlage: 16/SVV/0162

- | | | |
|-----|--|--|
| 4.7 | Skaterhalle in der RAW-Halle
Vorlage: 16/SVV/0196 | Fraktion DIE LINKE
B/Sp. |
| 4.8 | Masterplan "Seekrug"
Vorlage: 16/SVV/0205 | Fraktionen Bündnis 90/Die
Grünen, CDU/ANW, SPD
B/Sp. |
| 4.9 | Beleuchtung in der Steinstrasse
Vorlage: 16/SVV/0223 | Fraktionen SPD, CDU/ANW
KOUL |
| 5 | Mitteilungen der Verwaltung | |
| 5.1 | Teilnahme am Gutachterverfahren
Brauhausbergkuppe (ergänzende
Neubebauung am ehemaligen Landtag) | |
| 6 | Sonstiges | |

Ausschuss für
Stadtentwicklung, Bauen und Verkehr

Gutachterverfahren Brauhausberg-Kuppe (ergänzende Neubebauung am ehemaligen Landtag)

Sehr geehrte Damen und Herren,

entsprechend der Bitte des Vorsitzenden will ich hier gern knapp die Eckpunkte für das vorgesehene Verfahren zusammenfassen:

Der zu betrachtende Bereich umfasst die vom Land Brandenburg ausgeschriebenen Grundstücksflächen um den ehemaligen Landtag, insoweit auch die in der Beschlussfassung zur Drucksache 14/SVV/0148 für den „nördlichen Teilbereich“ in den Planungszielen angesprochene „zusätzliche Bebauungsmöglichkeit“ an der Westseite des Grundstückes. Hinzu kommt als planerische Aufgabe die Neuinterpretation des früheren „Belvedere auf dem Brauhausberg“, dessen Grundstück in die Ausschreibung des Landes mit aufgenommen und in das Grundstücksgeschäft einbezogen worden ist.

Der Planungsbereich ist damit wie folgt bestimmt:

Wohnungsneubau auf dem Brauhausberg (Alter Landtag), Potsdam



(Abb. aus Exposé BLB, 2014)

Orientierung für den genannten Beschluss war die Variante 3 einer Entwicklungsstudie des Landes (siehe Anlage), auf der basierend im September 2015 ein Vorbescheid erwirkt worden ist, um den Verkaufsgegenstand verbindlich zu beschreiben.

In Abstimmung mit dem Land als Verkäuferin sowie dem Erwerberkonsortium ist vereinbart worden, zur Sicherung der städtebaulich-architektonischen Qualität dieses konkurrierende Verfahren durchzuführen. Aufgabenstellung hierfür ist:

„Ziel des vorliegenden Werkstatt-Verfahrens ist ein gestalterisch und funktional anspruchsvoller architektonischer Entwurf für die ergänzenden Wohnbauten auf dem vom Vorhabenträger erworbenen nördlichen Teil der Liegenschaft und deren städtebauliche Einordnung in einer Art, die den besonderen Rahmenbedingungen des Standorts gerecht wird. Von den teilnehmenden Architekturbüros werden Vorschläge für die Gestaltung der Neubauten im Zusammenhang mit den denkmalgeschützten Fassaden des Bestandsgebäudes von herausragender Qualität erwartet. Die besondere Identität des Ortes soll mit einer Ensemblebildung zwischen Neu- und Bestandsbauten hervorgehoben werden und die stadträumliche Funktion des Belvedere neu besetzt und zeitgemäß interpretiert werden.“

Das Verfahren wird als nicht-anonymes Werkstattverfahren durchgeführt, d.h. mit einem Zwischenkolloquium, in dem die beteiligten 5 Architekturbüros mit dem Beurteilungsgremium ihre planerischen Ansätze erörtern und dann in einer zweiten Bearbeitungsphase konkretisieren, bevor nach einer abschließenden Vorstellung der Entwürfe das Beurteilungsgremium eine Rangfolge der vorliegenden Arbeiten bestimmt und dem Vorhabenträger eine Empfehlung für die weitere Bearbeitung ausspricht. Es ist vorgesehen, diese Empfehlung in eine verbindliche Festlegung eines städtebaulichen Vertrages zu überführen, um bei dem Ziel der o.a. Entscheidung der StVV zu bleiben, dass das Vorhaben nach § 34 BauGB zügig umgesetzt werden soll.

Dem Beurteilungsgremium sollen stimmberechtigt neben einem freien Architekten ein Mitglied des Gestaltungsrates der Landeshauptstadt, ein vom Vorhabenträger benannter Architekt sowie je ein Vertreter des Vorhabenträgers sowie der Stadtverwaltung angehören. Ein Ausschussmitglied soll als Gast einbezogen sein.

Termine:

Das Zwischenkolloquium ist geplant am

Dienstag, 03.05.2016, von 10 bis ca. 15 Uhr

Die Präsentation und Abschlussdiskussion des Beurteilungsgremiums ist geplant für

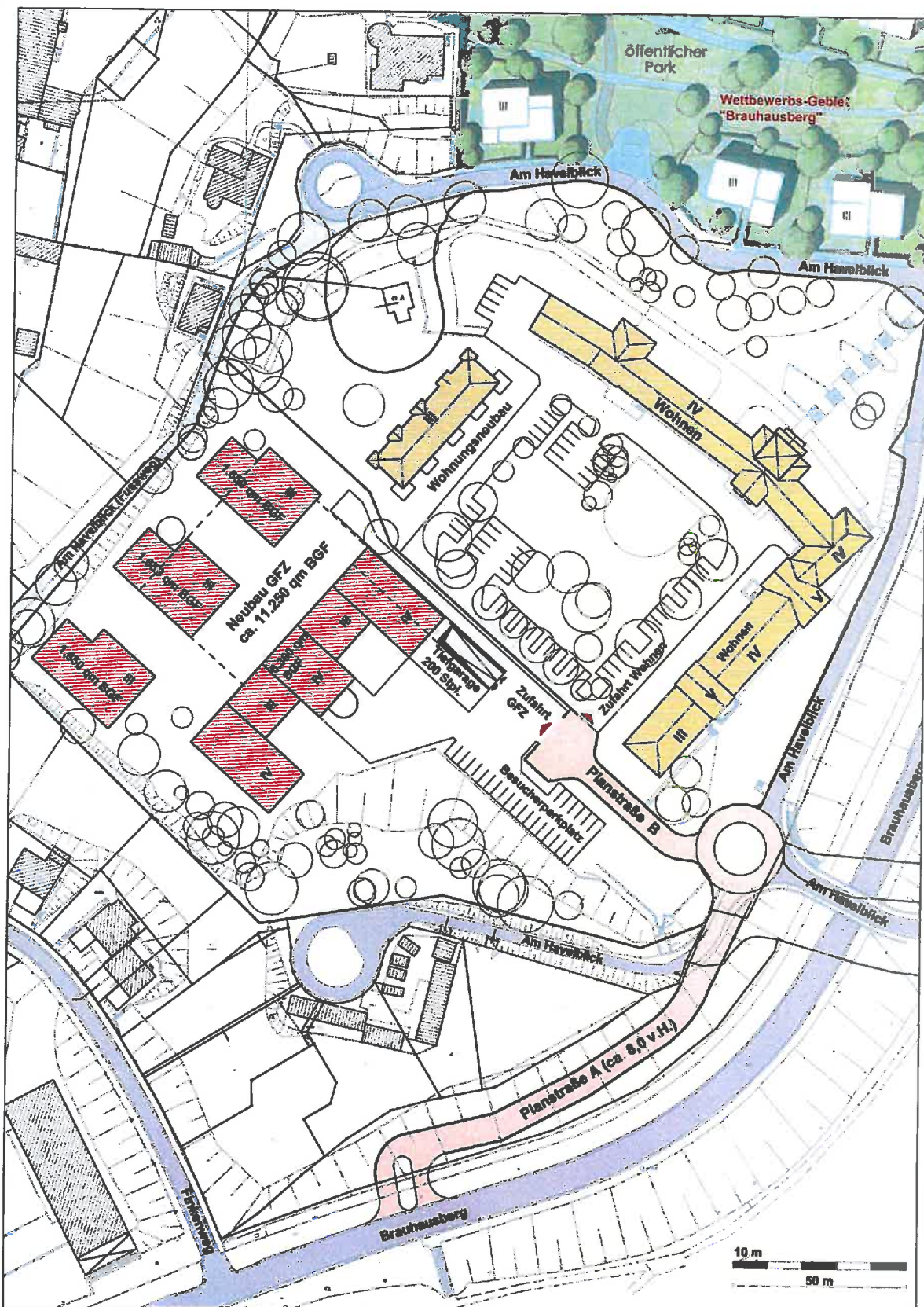
Freitag, 24.06.2016, von 10 bis ca. 17 Uhr

gez.

Andreas Goetzmann

nicht unterschrieben,
da per mail versandt

Anlage: Variante 3 aus Studie



PHF - Projektmanagement- und Baubetreuungsgesellschaft mbH - 05/2013

09 - ENTWURFSVARIANTE 3 - LAGEPLAN

Am Havelblick Potsdam - Konzepte - Standorterweiterung des GFZ Potsdam





Stadtverordnetenversammlung
der
Landeshauptstadt
Potsdam

Antrag

Drucksache Nr. (ggf. Nachtragsvermerk)

15/SVV/0694

öffentlich

Betreff:

Verkehrerschließung Krampnitz

Einreicher: Fraktion DIE LINKE

Erstellungsdatum 21.09.2015

Eingang 922: 21.09.2015

Beratungsfolge:		
Datum der Sitzung	Gremium	Zuständigkeit
07.10.2015	Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam	Entscheidung

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, die Verkehrerschließung für Krampnitz nicht an dem Entwurf des Wettbewerbssiegers (Müller/Reimann), sondern an den Wettbewerbsbeiträgen der Teams 2 bis 5 (MARS, Graft, Ortner, Luchterhandt) zu orientieren.

Dabei ist eine Lösung auszuwählen, die ohne ein Abknicken der Bundesstraße auskommt und die kreuzungsfreie Zuwegung für Fußgänger aus dem Gebiet Krampnitz zum Seeufer sicherstellt.

gez. Dr. Hans-Jürgen Scharfenberg
Fraktionsvorsitzender

Unterschrift

Ergebnisse der Vorberatungen
auf der Rückseite

Beschlussverfolgung gewünscht:

Termin:

Demografische Auswirkungen:

Klimatische Auswirkungen:

Finanzielle Auswirkungen? Ja Nein

(Ausführliche Darstellung der finanziellen Auswirkungen, wie z. B. Gesamtkosten, Eigenanteil, Leistungen Dritter (ohne öffentl. Förderung), beantragte/bewilligte öffentl. Förderung, Folgekosten, Veranschlagung usw.)

ggf. Folgeblätter beifügen

Begründung:

Alle Wettbewerbsbeiträge der Teams 2 bis 5 haben übereinstimmend die Verkehrserschließung des Entwicklungsgebietes besser geplant als das Team 1. Es ist ihnen gleichermaßen gelungen, das Gebiet anzubinden, ohne vorbeifahrende Fahrzeuge auf der Bundesstraße unnötig in das Entwicklungsgebiet hereinzuholen.

Bei den Wettbewerbsbeiträgen 2 bis 4 ist außerdem die ausdrücklich erwünschte kreuzungsfreie Wegeverbindung für Fußgänger aus dem Wohngebiet zum Seeufer vorbildlich berücksichtigt worden. Darum soll diese hochwertige Lösung einerseits im Sinne der Lebensqualität der neuen Bewohner und andererseits im Sinne der Vermeidung unnötiger Behinderungen im Verkehr auf der Bundesstraße auch umgesetzt werden. Damit muss auch kein Haus direkt auf der heutigen Fahrbahnfläche entstehen, welches von zwei Seiten unmittelbar dem Verkehrslärm der Bundesstraße ausgesetzt werden würde.



Stadtverordnetenversammlung
der
Landeshauptstadt
Potsdam

Antrag

Drucksache Nr. (ggf. Nachtragsvermerk)

15/SVV/0745

öffentlich

Betreff:

Krampnitz Verkehrserschließung

Einreicher: Fraktion CDU/ANW

Erstellungsdatum 13.10.2015

Eingang 922:

Beratungsfolge:

Datum der Sitzung	Gremium	Zuständigkeit
04.11.2015	Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam	Entscheidung

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Für die Verkehrserschließung des Eingangsbereichs des Entwicklungsbereichs Krampnitz:

1. Die Vorgaben aus dem Wettbewerb „Eingangsbereich ehemalige Kaserne Krampnitz“ aus den Verkehrsuntersuchungen sowie im Detail die Definition der Anforderungen für MIV, ÖPNV, Radverkehr, Fußgängerverkehr darzustellen.
2. Zur Prüfung der Leistungsfähigkeit der in Rede stehenden Knoten aller Varianten sowie einer Kreisverkehrslösung soll eine Verkehrszählung durchgeführt werden (videogestützte Verkehrszählung z. B. mit dem bewährten Videosystem MOVISION. Mit diesem System kann eine wetterunabhängige und kosteneffiziente Zählung, differenziert nach Fahrzeugklassifizierungen - PKW, leichte und schwere LKW, Busse, Motorräder und Fahrräder - und Fußgängern erfolgen.)
3. Eine Prüfung der Leistungsfähigkeit der KNOTEN der fünf Vorschläge sowie zusätzlich die eines Kreisverkehrs durchzuführen und vergleichbar darzustellen.
4. Den Nachweis der Einbindung der ÖPNV-Ströme in die Gesamtverkehrsflüsse für alle fünf Vorschläge und zusätzlich für einen Kreisverkehr zu erbringen sowie eine vergleichende Bewertung durchzuführen.
5. Den Nachweis der barrierefreien Zugänglichkeit der öffentlichen Gebäude im Eingangsbereich für alle fünf Vorschläge zu erbringen.

Die Vorgaben und Definitionen gemäß Punkt 1. sind dem Ausschuss für Stadtentwicklung Bauen und Verkehr bis spätestens Ende Januar 2016 vorzustellen. Die Ergebnisse der Prüfungen und Nachweise sind bis Ende des III. Quartals 2016 dem Ausschuss für Stadtentwicklung Bauen und Verkehr und dem Hauptausschuss vorzustellen.

gez.

Fraktionsvorsitzende/r

Unterschrift

Ergebnisse der Vorberatungen
auf der Rückseite

Beschlussverfolgung gewünscht:

Termin:

Demografische Auswirkungen:

Klimatische Auswirkungen:

Finanzielle Auswirkungen?

Ja

Nein

(Ausführliche Darstellung der finanziellen Auswirkungen, wie z. B. Gesamtkosten, Eigenanteil, Leistungen Dritter (ohne öffentl. Förderung), beantragte/bewilligte öffentl. Förderung, Folgekosten, Veranschlagung usw.)

ggf. Folgeblätter beifügen

Begründung:

Der Eingangsbereich des künftigen Quartiers Krampnitz hat städtebaulich eine sehr hohe Bedeutung und muss gleichzeitig alle Anforderungen erfüllen, die sowohl die verkehrliche Anbindung des Wohngebietes als auch einen reibungslosen Durchgangsverkehr gewährleisten. Dabei ist insbesondere darauf zu achten, dass die aktuellen Prognosen des Bevölkerungswachstums und die damit verbundene Zunahme des Verkehrs ausreichend berücksichtigt werden. Alle Prüfungen und Untersuchungen sollen neben best case und worst case Szenarien auch ein Szenario, das von Mittelwerten ausgeht, berücksichtigen.

Der Wettbewerb „Eingangsbereich ehemalige Kaserne Krampnitz“ hat zu fünf verschiedenen Vorschlägen geführt, die nach Angaben der Jury einer weiteren Bearbeitung mit Prüfungen Untersuchungen und Konkretisierungen bedürfen. Für die politische Begleitung des Prozesses ist größtmögliche Transparenz notwendig.



Stadtverordnetenversammlung
der
Landeshauptstadt
Potsdam

Antrag

Drucksache Nr. (ggf. Nachtragsvermerk)

16/SVV/0127

öffentlich

Betreff:

Weg für Fußgänger und Radfahrer in Neu Fahrland

Einreicher: Fraktion Bürgerbündnis-FDP

Erstellungsdatum 16.02.2016

Eingang 922:

Beratungsfolge:

Datum der Sitzung

Gremium

Zuständigkeit

02.03.2016

Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam

Entscheidung

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, einen sicheren, befestigten und beleuchteten Geh-/Radweg zwischen der Siedlung „Am Föhrenhang“ und der Straße „Am Kirchberg“ zu schaffen.

gez. Wolfhard Kirsch
Fraktionsvorsitzender

Unterschrift

Ergebnisse der Vorberatungen
auf der Rückseite

Beschlussverfolgung gewünscht:

Termin:

Demografische Auswirkungen:

Klimatische Auswirkungen:

Finanzielle Auswirkungen? Ja Nein

(Ausführliche Darstellung der finanziellen Auswirkungen, wie z. B. Gesamtkosten, Eigenanteil, Leistungen Dritter (ohne öffentl. Förderung), beantragte/bewilligte öffentl. Förderung, Folgekosten, Veranschlagung usw.)

ggf. Folgeblätter beifügen

Begründung:

Der Ortsteil Neu Fahrland wird durch die Bundesstraße 2 geteilt. Westlich der Bundesstraße 2 befindet sich ein Zentrum mit Spielplatz, Sport- und Freizeit-Anlagen, Bürgerhaus und Kita. Bewohner der östlich der Bundesstraße 2 gelegenen Siedlung „Am Föhrenhang“ haben keine Möglichkeit, zu Fuß oder mit dem Rad auf kurzem Weg dorthin zu gelangen. Insbesondere im Herbst und Winter stellt der unbefestigte und nicht beleuchtete Weg durch den Wald eine Gefahr dar.

Ein neu anzulegender Weg könnte von der Ampel „Am Stinthorn“/ B2, wo die Bundesstraße sicher überquert werden kann, bis zur Einmündung am Kirchberg entlang der B2 geführt werden. Hierzu müsste auch eine Beleuchtungsanlage auf der westlichen Seite der Bundesstraße 2 nachgerüstet werden.

Bei der Umsetzung sollten Fördermöglichkeiten für die Schaffung von Radwegen genutzt werden.



Stadtverordnetenversammlung
der
Landeshauptstadt
Potsdam

Antrag

Drucksache Nr. (ggf. Nachtragsvermerk)

16/SVV/0147

öffentlich

Betreff:

Uferweg in der Speicherstadt

Einreicher: Fraktion DIE LINKE

Erstellungsdatum 23.02.2016

Eingang 922:

Beratungsfolge:

Datum der Sitzung	Gremium	Zuständigkeit
02.03.2016	Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam	Entscheidung

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, unverzüglich die notwendigen finanziellen Voraussetzungen für den Bau des Uferweges am Wasserwerk in der Leipziger Straße zu schaffen. Dazu sind auch die Gespräche mit dem Land zu führen, um eine Förderung dieses Vorhabens in den nächsten beiden Jahren, zumindest aber in dieser Wahlperiode der Stadtverordnetenversammlung bis 2019 zu erreichen. Dazu ist zu prüfen, ob die Stadt in eine Vorfinanzierung gehen bzw. ob eine Vorfinanzierung über die Pro Potsdam als Trägerin der Entwicklungsmaßnahme in der Speicherstadt erfolgen kann.

Ziel ist es, dass der Uferweg bis 2019 begehbar ist.

Die Stadtverordnetenversammlung ist im Juni 2016 über den Stand der Vorbereitungen zu informieren.

gez. Dr. Hans-Jürgen Scharfenberg
Fraktionsvorsitzender

Unterschrift

Ergebnisse der Vorberatungen
auf der Rückseite

Beschlussverfolgung gewünscht:

Termin:

Demografische Auswirkungen: Klimatische Auswirkungen: **Finanzielle Auswirkungen?** Ja Nein

(Ausführliche Darstellung der finanziellen Auswirkungen, wie z. B. Gesamtkosten, Eigenanteil, Leistungen Dritter (ohne öffentl. Förderung), beantragte/bewilligte öffentl. Förderung, Folgekosten, Veranschlagung usw.)

ggf. Folgeblätter beifügen

Begründung:

Kürzlich ist über die Presse bekannt geworden, dass die Stadtverwaltung entgegen den Vorgaben der Stadtverordnetenversammlung die Absicht hat, den Uferweg am Wasserwerk in der Speicherstadt erst nach 2019 zu realisieren. So soll erst eine Förderung in zweiter Priorität im Stadt-Umland-Programm geprüft werden. Das widerspricht der Vorgabe, im Haushalt 2015/2016 die notwendige Finanzierung zu sichern.



Stadtverordnetenversammlung
der
Landeshauptstadt
Potsdam

Antrag

Drucksache Nr. (ggf. Nachtragsvermerk)

16/SVV/0148

öffentlich

Betreff:

Umwandlung eines Busparkplatzes in der Potsdamer Innenstadt

Einreicher: Fraktion CDU/ANW

Erstellungsdatum 23.02.2016

Eingang 922: _____

Beratungsfolge:		
Datum der Sitzung	Gremium	Zuständigkeit
06.04.2016	Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam	Entscheidung

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt zu prüfen, wann die Umwandlung des Busparkplatzes in der Friedrich-Ebert-Straße 94 (Höhe Klosterkeller) in Pkw-Stellflächen umgesetzt wird und wie viele Stellflächen dadurch für die Parkraumbewirtschaftung der Landeshauptstadt Potsdam gewonnen werden. Dem Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen und Verkehr ist im Juli, über den Umsetzungsstand der Maßnahme zu berichten.

gez.
Fraktionsvorsitzende/r

Unterschrift

Ergebnisse der Vorberatungen
auf der Rückseite

Beschlussverfolgung gewünscht:

Termin:

Demografische Auswirkungen:

Klimatische Auswirkungen:

Finanzielle Auswirkungen? Ja Nein

(Ausführliche Darstellung der finanziellen Auswirkungen, wie z. B. Gesamtkosten, Eigenanteil, Leistungen Dritter (ohne öffentl. Förderung), beantragte/bewilligte öffentl. Förderung, Folgekosten, Veranschlagung usw.)

ggf. Folgeblätter beifügen

Begründung:

Mit der Beantwortung der Kleinen Anfrage (15/SVV/0493) machte die Verwaltung deutlich, dass der Bedarf für diesen Busparkplatz als gering eingeschätzt wird. Seit Juli 2015 dauert die Prüfung an und eine Umwandlung ist bisher nicht erfolgt. Mit dem Beschluss zum "Parkraumkonzept Innenstadt weiterentwickeln" (14/SVV/1170) wurde die Verwaltung beauftragt: Ausweichparkmöglichkeiten für Anwohner auf dem Gelände der Stadtverwaltung in der Abend- und Nachtzeit sowie an Wochenenden, die Durchsetzung des Anwohnerparkens gegenüber Falschparkern, Ausweitung des Mischparkens, Anpassung der Parkgebühren, weiträumige Information über die aktuelle Parkplatzsituation, offensiven Verweis auf die Nutzung öffentlicher Verkehrsmittel zur Anreise bei Veranstaltungen und andere geeignete Maßnahmen zu prüfen und umzusetzen.

Im Moment ist die Parkplatzsituation in der Potsdamer Innenstadt weiterhin angespannt. Der bestehende Busparkplatz in der Friedrich-Ebert-Straße (NH-Hotel) ist nachvollziehbar und sinnvoll. Der Busparkplatz vor dem Potsdamer Klosterkeller - wie die Verwaltung ebenfalls feststellte - entbehrlich. Zum einen ist eine Vielzahl von Busstellplätzen am Bassinplatz fußläufig erreichbar. Zum anderen werden durch die Umwandlung neue Pkw-Stellflächen geschaffen, die in die Parkraumbewirtschaftung aufgenommen werden können



Stadtverordnetenversammlung
der
Landeshauptstadt
Potsdam

Antrag

Drucksache Nr. (ggf. Nachtragsvermerk)

16/SVV/0162

öffentlich

Betreff:

Streckenbezogene Anordnung von Tempo 30 vor Schulen, Kindertagesstätten sowie Senioren- und Pflegeheimen in der Landeshauptstadt Potsdam

Einreicher: Fraktion CDU/ANW, SPD

Erstellungsdatum 01.03.2016

Eingang 922:

Beratungsfolge:

Datum der Sitzung Gremium

Zuständigkeit

06.04.2016 Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam

Entscheidung

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt zu prüfen, auf welchen Potsdamer Straßenabschnitten vor Schulen, Kindertagesstätten sowie Senioren- und Pflegeheimen die streckenbezogene Anordnung von Tempo 30 einen Beitrag zur Erhöhung der Verkehrssicherheit darstellen kann. Dies geschieht im Vorgriff auf die zu erwartende Regelung. Dem Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen und Verkehr ist darüber im Oktober 2016 zu berichten.

gez.

Fraktionsvorsitzende/r

Unterschrift

Ergebnisse der Vorberatungen
auf der Rückseite

Beschlussverfolgung gewünscht:

Termin:

Demografische Auswirkungen: Klimatische Auswirkungen: **Finanzielle Auswirkungen?** Ja Nein

(Ausführliche Darstellung der finanziellen Auswirkungen, wie z. B. Gesamtkosten, Eigenanteil, Leistungen Dritter (ohne öffentl. Förderung), beantragte/bewilligte öffentl. Förderung, Folgekosten, Veranschlagung usw.)

ggf. Folgeblätter beifügen

Begründung:

U.a. im Zuge der gemeinsamen Sitzung des Kreisschulbeirates und Kreiselterrates wurde durch Elternvertreter die Möglichkeit zur Ausweitung von Tempo-30-Zonen thematisiert. Zur Erhöhung der allgemeinen Verkehrssicherheit in der Landeshauptstadt Potsdam - vor allem für Kinder und ältere Personen - wäre die Einführung von weiteren streckenbezogenen Tempo 30 Abschnitten sehr hilfreich. Die Bundesregierung arbeitet im Moment an einer Verordnung zur Veränderung der Straßenverkehrsordnung. Ein Baustein zur Verbesserung der Verkehrssicherheit für schwächere Verkehrsteilnehmer, zu denen insbesondere Kinder und ältere Personen zählen, soll die erleichterte streckenbezogene Anordnung von Tempo 30 auch an innerörtlichen klassifizierten Straßen (Bundes-, Landes- und Kreisstraßen) darstellen. Mit der Verordnung beabsichtigt man, die bisherigen hohen Anordnungshürden abzusenken. Damit wäre die Möglichkeit gegeben, Tempo 30 auf Straßen insbesondere vor Schulen, Kindertagesstätten sowie Senioren- und Pflegeheimen auch ohne einen konkreten Nachweis eines besonderen Gefahrenschwerpunktes einzurichten. Der Prüfauftrag soll die Grundlage für die Weiterentwicklung eigener Verkehrssicherheitsmaßnahmen (s. auch DS 14/SVV/0136 und die Mitteilungsvorlage 15/SVV/0175) sowie die Grundlage einer möglichen Änderung der Straßenverkehrsordnung bilden.



Stadtverordnetenversammlung
der
Landeshauptstadt
Potsdam

Antrag

Drucksache Nr. (ggf. Nachtragsvermerk)

16/SVV/0196

öffentlich

Betreff:

Skaterhalle in der RAW-Halle

Einreicher: Fraktion DIE LINKE

Erstellungsdatum 15.03.2016

Eingang 922:

Beratungsfolge:

Datum der Sitzung	Gremium	Zuständigkeit
06.04.2016	Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam	Entscheidung

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird aufgefordert, Gespräche mit dem Eigentümer der RAW-Halle mit dem Ziel zu führen, bei einer Sanierung der Halle die Integration einer Skaterhalle zu prüfen. Dabei könnte z.B. an das Konzept einer teilweisen Einzelhandelsnutzung angeknüpft werden, das vor zwei Jahren vorgelegt worden ist.

Über das Ergebnis der Gespräche ist die Stadtverordnetenversammlung im Juni 2016 zu informieren.

gez.

Fraktionsvorsitzende/r

Unterschrift

Ergebnisse der Vorberatungen
auf der Rückseite

Beschlussverfolgung gewünscht:

Termin:

Demografische Auswirkungen:

Klimatische Auswirkungen:

Finanzielle Auswirkungen?

Ja

Nein

(Ausführliche Darstellung der finanziellen Auswirkungen, wie z. B. Gesamtkosten, Eigenanteil, Leistungen Dritter (ohne öffentl. Förderung), beantragte/bewilligte öffentl. Förderung, Folgekosten, Veranschlagung usw.)

ggf. Folgeblätter beifügen

Begründung:

Im Januar 2016 hat die Linksfraktion einen Antrag mit der Aufforderung an den Oberbürgermeister eingebracht, im Ergebnis einer Prüfung einen Vorschlag für die Schaffung einer Skaterhalle zu erarbeiten. In Reaktion auf diesen Antrag teilte der Oberbürgermeister mit, dass es in absehbarer Zeit keine Möglichkeit gibt, mit städtischen Mitteln eine solche Halle zur Verfügung zu stellen. Unter dieser Voraussetzung ist der Antrag abgelehnt worden. Es ist jedoch unbestritten, dass eine solche Halle notwendig ist, um eine ganzjährige sportliche Betätigung der Roller und Skater zu ermöglichen. Unter dieser Voraussetzung schlägt die Linksfraktion vor, geplante Investitionen im privaten Bereich mit dem Angebot einer Skaterhalle zu verbinden. Dafür bietet sich die RAW-Halle förmlich an, deren Sanierung längst überfällig ist.



Stadtverordnetenversammlung
der
Landeshauptstadt
Potsdam

Antrag

Drucksache Nr. (ggf. Nachtragsvermerk)

16/SVV/0205

öffentlich

Betreff:
Masterplan "Seekrug"

Einreicher: Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, CDU/ANW, SPD	Erstellungsdatum	18.03.2016
	Eingang 922:	

Beratungsfolge:		
Datum der Sitzung	Gremium	Zuständigkeit
06.04.2016	Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam	Entscheidung

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, bis Ende des Jahres 2016 den Masterplan „Luftschiffhafen“ um den Bereich „Seekrug“ zu ergänzen. Dabei sollen sämtliche Grundstücke im mittelbaren und unmittelbaren Umfeld einbezogen werden.

gez. Peter Schüler
Fraktionsvorsitzender
Bündnis 90/Die Grünen

gez. Matthias Finken
Fraktionsvorsitzender
CDU/ANW

gez. Mike Schubert
Fraktionsvorsitzender
SPD

Unterschrift

Ergebnisse der Vorberatungen
auf der Rückseite

Beschlussverfolgung gewünscht:



Termin: 07.12.2016

Demografische Auswirkungen:

Klimatische Auswirkungen:

Finanzielle Auswirkungen? Ja Nein

(Ausführliche Darstellung der finanziellen Auswirkungen, wie z. B. Gesamtkosten, Eigenanteil, Leistungen Dritter (ohne öffentl. Förderung), beantragte/bewilligte öffentl. Förderung, Folgekosten, Veranschlagung usw.)

ggf. Folgeblätter beifügen

Begründung:

Die Auseinandersetzungen in der Rudererszene in den Jahren 2010/2011 zwischen Breiten- und Spitzensportlern hat zu einem faktischen Aus der Nutzung des traditionsreichen „Seekrugs“ geführt. Das Grundstück des „Seekrugs“ und auch Gebäude im Umfeld wie Vereinsräume und Bootshäuser gehören der Stadt. Es scheint nach wie vor offen zu sein, wie es mit dem traditionsreichem Haus und den umliegenden Sportstätten weitergeht.



Stadtverordnetenversammlung
der
Landeshauptstadt
Potsdam

Antrag

Drucksache Nr. (ggf. Nachtragsvermerk)

16/SVV/0223

öffentlich

Betreff:

Beleuchtung in der Steinstrasse

Einreicher: Fraktionen SPD, CDU/ANW

Erstellungsdatum 22.03.2016

Eingang 922:

Beratungsfolge:

Datum der Sitzung	Gremium	Zuständigkeit
06.04.2016	Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam	Entscheidung

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt zu prüfen, wie die Beleuchtungsverhältnisse im letzten Potsdamer Abschnitt der Steinstraße bis zur Bernhard-Beier-Straße verbessert werden können. In der Stadtverordnetenversammlung im Juni 2016 sollte über den Stand der Ergebnisse berichtet werden.

gez. M. Schubert M. Finken
Fraktionsvorsitzende/r

Unterschrift

Ergebnisse der Vorberatungen
auf der Rückseite

Beschlussverfolgung gewünscht:

Termin:

Demografische Auswirkungen:

Klimatische Auswirkungen:

Finanzielle Auswirkungen?

Ja

Nein

(Ausführliche Darstellung der finanziellen Auswirkungen, wie z. B. Gesamtkosten, Eigenanteil, Leistungen Dritter (ohne öffentl. Förderung), beantragte/bewilligte öffentl. Förderung, Folgekosten, Veranschlagung usw.)

ggf. Folgeblätter beifügen

Begründung:

Anwohner und Besucher müssen den letzten Teil der Steinstraße in völliger Dunkelheit zurücklegen, denn unbegreiflicherweise hört die Beleuchtung plötzlich auf. Wer bis zur Bushaltestelle in der Bernhard-Beier-Straße gehen möchte, muss das in völliger Dunkelheit tun. Bei schlechtem Wetter und bei Dunkelheit besteht dort Unfallgefahr, denn wegen des Durchgangsverkehrs durch Steinstückchen ist dort immer reger Verkehr, zumal auch zwei Buslinien dort verkehren und es manchmal schon bei Helligkeit sehr unübersichtlich ist.



Niederschrift

32. öffentliche Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung, Bauen und Verkehr

Sitzungstermin:	Dienstag, 26.04.2016
Sitzungsbeginn:	18:00 Uhr
Sitzungsende:	19:45 Uhr
Ort, Raum:	Raum 405, Hegelallee, Haus 1

Anwesend sind:

Ausschussvorsitzender

Herr Ralf Jäkel	DIE LINKE	Leitung der Sitzung
-----------------	-----------	---------------------

Ausschussmitglieder

Herr Michél Berlin	DIE LINKE	ab 19.20
Herr Pete Heuer	SPD	
Frau Babette Reimers	SPD	
Herr Lars Eichert	CDU/ANW	
Frau Saskia Hüneke	Bündnis 90/Die Grünen	

zusätzliches Mitglied

Frau Anja Heigl	DIE aNDERE	
-----------------	------------	--

stellv. Ausschussmitglieder

Herr Klaus-Peter Kaminski	DIE LINKE	von 18.05 Uhr bis 19.20 Uhr
Herr Johannes Baron v. d. Osten gen. Sacken	FDP	

sachkundige Einwohner

Herr Wolfgang Dau	SPD	
Herr Jan Hanisch	DIE LINKE	
Herr Frank Kulok	Bürgerbündnis	
Herr Dirk Kühnemann	Bündnis 90/Die Grünen	
Herr Dr. Wilfried Naumann	Potsdamer Demokraten	
Herr Bernd Putz		
Herr André Tomczak	DIE aNDERE	

Beigeordneter

Herr Andreas Goetzmann i.V. des BGO GB 4

Nicht anwesend sind:

Ausschussmitglieder

Herr Wolfhard Kirsch Bürgerbündnis entschuldigt

zusätzliches Mitglied

Frau Dr. Sylke Kaduk AfD nicht teilgenommen

sachkundige Einwohner

Herr Christian Schirrholtz	DIE LINKE	entschuldigt
Herr Wolfgang Schütt	CDU/ANW	entschuldigt
Herr Rudi Wiggert	SPD	entschuldigt

Gäste:

Herr Frerichs (Wirtschaftsförderung zum TOP 3.1)

Herr Schramm (Geschäftsführer TGZP GmbH zum TOP 3.1)

Herr Wustrack (Straßenverkehrsbehörde zu TOP 4.6 und 4.9)

Protokoll

Frau Viola Kropp GB Stadtentwicklung und Bauen

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung der Sitzung
- 2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung /
Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des
öffentlichen Teils der Sitzung vom 12.04.2016 / Feststellung der öffentlichen
Tagesordnung
- 3 Vorstellung von Bauvorhaben
- 3.1 Nutzungsänderungen des Handwerker- und Gewerbehofes in Babelsberg
- 4 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung
- 4.1 Verkehrserschließung Krampnitz
Vorlage: 15/SVV/0694
Fraktion DIE LINKE

- überwiesen in SBV, OBR Fahrland, Groß Glienicke, Neu Fahrland
- 4.2 Krampnitz Verkehrserschließung
Vorlage: 15/SVV/0745
Fraktion CDU/ANW
OBR Fahrland, Neu Fahrland, Groß Glienicke
- 4.3 Weg für Fußgänger und Radfahrer in Neu Fahrland
Vorlage: 16/SVV/0127
Fraktion Bürgerbündnis-FDP
KOUL, OBR Fahrland und Neu Fahrland, Groß Glienicke
- 4.4 Uferweg in der Speicherstadt
Vorlage: 16/SVV/0147
Fraktion DIE LINKE
FA
- 4.5 Umwandlung eines Busparkplatzes in der Potsdamer Innenstadt
Vorlage: 16/SVV/0148
Fraktion CDU/ANW
KOUL (ff)
- 4.6 Streckenbezogene Anordnung von Tempo 30 vor Schulen, Kindertagesstätten
sowie Senioren- und Pflegeheimen in der Landeshauptstadt Potsdam
Vorlage: 16/SVV/0162
Fraktion CDU/ANW, SPD
KOUL (ff)
- 4.7 Skaterhalle in der RAW-Halle
Vorlage: 16/SVV/0196
Fraktion DIE LINKE
B/Sp.
- 4.8 Masterplan "Seekrug"
Vorlage: 16/SVV/0205
Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, CDU/ANW, SPD
B/Sp.
- 4.9 Beleuchtung in der Steinstrasse
Vorlage: 16/SVV/0223
Fraktionen SPD, CDU/ANW
KOUL
- 5 Mitteilungen der Verwaltung
- 5.1 Teilnahme am Gutachterverfahren Brauhausbergkuppe (ergänzende
Neubebauung am ehemaligen Landtag)
- 6 Sonstiges

Niederschrift:

Öffentlicher Teil

zu 1 Eröffnung der Sitzung

Der Ausschussvorsitzende, Herr Jäkel, eröffnet die Sitzung.

**zu 2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung /
Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des
öffentlichen Teils der Sitzung vom 12.04.2016 / Feststellung der öffentlichen
Tagesordnung**

Der Ausschussvorsitzende begrüßt die Anwesenden, stellt die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit mit 6 von 7 stimmberechtigten Mitgliedern fest.

Zur Niederschrift der Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung, Bauen und Verkehr vom 12.04.2016 gibt es keine Hinweise; die Niederschrift wird mit 5 Ja-Stimmen, bei 1 Stimmenthaltung bestätigt.

Bezüglich der vorliegenden Tagesordnung informiert Herr Eichert, dass der Antrag seiner Fraktion 16/SVV/0148 Umwandlung eines Busparkplatzes in der Potsdamer Innenstadt im KOUL-Ausschuss bis Juni 2016 zurück gestellt worden ist, um die Vorlage des in Arbeit befindlichen Innenstadtverkehrskonzeptes abzuwarten. Er bittet auch im SBV-Ausschuss um die entsprechende Zurückstellung.

Herr Goetzmann informiert, dass er unter dem TOP Sonstiges zu folgenden zwei Themen informieren möchte:

- Vorstellung des Wettbewerbsergebnisses zum Johan-Bouman-Platz
- Abbruch und Bebauung im Ortsteil Satzkorn.

Gegen diese Vorschläge erfolgt kein Widerspruch, so dass die entsprechend geänderte Tagesordnung mit 6/0/0 bestätigt wird.

zu 3 Vorstellung von Bauvorhaben

Der Ausschussvorsitzende informiert, dass die Vorstellung von Bauvorhaben erfolgt ist und keine Rückfragen offen geblieben sind.

zu 3.1 Nutzungsänderungen des Handwerker- und Gewerbehofes in Babelsberg

Herr Frerichs (Bereich Wirtschaftsförderung) informiert, dass es sich bei den Nutzungsänderungen lediglich um eine Nutzungspräzisierung handeln würde und übergibt das Wort an den Bauherren und Betreiber des Handwerker und Gewerbehofes, dem Geschäftsführer der Technologie- und Gewerbezentren Potsdam GmbH (TGZP), Herrn Schramm.

Herr Schramm teilt mit, dass der 3-Seiten-Hof im Mischgebiet liege. Der Handwerkerhof ist leer vermietet worden, so dass alle Mieter einen Antrag auf Nutzungspräzisierung unter Vorlage einer Betriebs- und Baubeschreibung stellen

müssen. Dabei werden sie von der TGZP unterstützt.

Herr Goetzmann bestätigt von der formalen Seite, dass es sich um ein gängiges Verfahren bei Gewerbeanmietungen in den Größenordnungen handeln würde. Abhängig von der beabsichtigten Nutzungsart ist u.a. die Einbindung von Landesbetrieben erforderlich, so dass eine Antragsstellung ggf. auch einen Zeitraum von 6 Monaten bis zur Genehmigung in Anspruch nehmen kann.

zu 4 **Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung**

zu 4.1 **Verkehrerschließung Krampnitz**

Vorlage: 15/SVV/0694

Fraktion DIE LINKE

überwiesen in SBV, OBR Fahrland, Groß Glienicke, Neu Fahrland

Herr Jäkel erinnert an die bereits im Ausschuss zu diesem Thema geführte Diskussion. An dem Antrag 15/SVV/0694 vom 21.09.2015 wird weiterhin festgehalten. Er informiert wie folgt über die Voten der Ortsbeiräte zu diesem Antrag:

- Ortsbeirat Groß Glienicke – Zustimmung mit 4:1:2
- Ortsbeirat Fahrland – Zustimmung mit 5:1:0
- Ortsbeirat Neu Fahrland – einstimmige Zustimmung

Herr Jäkel macht deutlich, dass mit dem Antrag bewirkt werden soll, eine Lösung auszuwählen, die ohne ein Abknicken der Bundesstraße auskommt und die eine kreuzungsfreie Zuwegung für Fußgänger aus dem Gebiet Krampnitz zum Seeufer sicher stellt. Dies hätte den Vorteil das Gebiet anzubinden, ohne vorbeifahrende Fahrzeuge auf der Bundesstraße unnötig in das Entwicklungsgebiet hereinzuholen.

Herr Goetzmann regt an, wie in den vergangenen Sitzungen die beiden Anträge 15/SVV/0694 und 15/SVV/0745 (sh. Nachfolgender TOP) gemeinsam zu behandeln.

Herr Eichert bringt für die Fraktion CDU/ANW folgende neue Fassung des Antrages 15/SVV/0745 ein.

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Für die Verkehrerschließung des Eingangsbereichs des Entwicklungsbereichs Krampnitz **wird der Oberbürgermeister beauftragt:**

1. Die Vorgaben aus dem Wettbewerb „Eingangsbereich ehemalige Kaserne Krampnitz“ ~~aus den Verkehrsuntersuchungen sowie im Detail die~~ **nebst den Definitionen** der Anforderungen für MIV, ÖPNV, Radverkehr, Fußgängerverkehr **sowie die Auswertung für alle fünf Beiträge** darzustellen.
2. Entfällt
3. Entfällt

4. ~~Entfällt~~
5. Den Nachweis der barrierefreien Zugänglichkeit der öffentlichen Gebäude im Eingangsbereich für ~~alle fünf Vorschläge~~ **den Entwurf des Wettbewerbssiegers (Müller/Reimann)** zu erbringen.
6. **Zu prüfen, ob bei dem Entwurf des Wettbewerbssiegers (Müller/Reimann) eine Verkehrsführung möglich ist, die für die B2 eine durchgehende Vorfahrt mit einer Einmündung des Verkehrs aus dem Quartier Krampnitz berücksichtigt. Wobei stadtauswärts eine durchgehende Fahrspur nebst einer Abbiegespur und stadteinwärts eine Fahrspur nebst einer Abbiege vor und einer Einfädelspur nach der Einmündung aus Krampnitz geprüft werden soll.**

Die Vorgaben und Definitionen gemäß Punkt 1. sind dem Ausschuss für Stadtentwicklung Bauen und Verkehr bis spätestens Ende ~~Januar~~ **September** 2016 vorzustellen. Die Ergebnisse der Prüfungen und Nachweise sind bis Ende ~~des III. Quartals~~ 2016 dem Ausschuss für Stadtentwicklung Bauen und Verkehr und dem Hauptausschuss vorzustellen.

Herr Eichert stellt dar, dass mit dem Antrag das Ziel verfolgt wird, eine größtmögliche Transparenz zu erreichen. Dazu sollte dargelegt werden, was die Kriterien sind, die für eine Verkehrsführung maßgeblich sind und ebenso die Gegebenheiten für Barrierefreiheit und Verkehr berücksichtigt werden. Es wird um eine umfassende Prüfung gebeten.

Herr Goetzmann geht auf einige Aspekte ein. Er erinnert daran, dass dieses Verfahren eines der Verfahren gewesen ist, die darauf beruhen, dass die Stadtverordnetenversammlung dringend die Durchführung eines Wettbewerbsverfahrens für erforderlich gehalten habe. Hier handelt es sich um eine Serie von Verfahren, die mit diesem Eingangsbereich begonnen hat. Aus der Verfahrenskultur bittet Herr Goetzmann zu beachten, dass der Einsatz von qualifizierten Fachjuroren dazu führen müsse, dass die Ergebnisse dieser Wettbewerbsverfahren auch eine Umsetzung finden. Es wäre ansonsten schwierig künftig Juroren zu finden, wenn eine Beliebigkeit der Auswahl aus den Ergebnissen vorgenommen wird. Seitens der Verwaltung signalisiert Herr Goetzmann Bereitschaft die Kriterien anzusehen, bringt jedoch zum Ausdruck, dass bereits in den Fachgremien die verschiedenen Kriterien berücksichtigt worden sind.

Frau Hüneke stellt als Anliegen die verkehrsplanerischen und städtebaulichen Aspekte zusammen zu führen dar. Vor dem Hintergrund der Voten aus den Ortsbeiräten unterstützt sie den Antrag der Fraktion CDU/ANW und lehnt den Antrag der Fraktion DIE LINKE ab.

Frau Reimers äußert zum Antrag der Fraktion DIE LINKE, dass es schwierig sei nur ein Thema herauszugreifen und in einem Wettbewerbsverfahren neu zu bewerten. Dem Prüfauftrag der Fraktion CDU/ANW könne sie folgen. Dem Antrag der Fraktion DIE LINKE hingegen nicht.

Herr Eichert macht deutlich, dass es in dem Prüfauftrag nicht darum gehe den Entwurf der Juryentscheidung in Frage zu stellen, sondern eine nachträgliche Betrachtung des Verkehrs vorzunehmen.

Herr Tomczak befürchtet durch diesen Prüfauftrag eine weitere Verzögerung in der

Umsetzung.

Herr Goetzmann teilt mit, dass es aktuell zwei kritische Punkte gebe. Zum Einen die Frage der Verfügbarkeit der Grundstücke. Hier verweist er auf die offenen Rechtsstreitigkeiten zwischen der TGP und dem Land Brandenburg. Vergleichsverhandlungen lassen nicht wirklich ein Ergebnis erwarten. Vor 14 Tagen habe es beim Oberverwaltungsgericht Brandenburg einen Erörterungstermin gegeben und für den 30.6.2016 wurde vom Oberverwaltungsgericht ein mündlicher Termin mit den Verhandlungsparteien avisiert. Während dieses Zeitabschnitts wird nichts Maßgebliches passieren.

Herr Jäkel betont, dass mit dem Antrag seine Fraktion keinesfalls das Wettbewerbsergebnis in Frage gestellt werden solle. Vielmehr geht es hier um die Optimierung des Verkehrs ohne abknickende Bundesstraße und mit einer kreuzungsfreien Zuwegung für Fußgänger bis zum Seeufer. Er betont, dass alle anderen städtebaulichen, landschaftsplanerischen und kulturellen Aspekte dabei nicht ausgeschlossen werden sollen. Den Antrag der Fraktion CDU/ANW wird er unterstützen.

Herr Eichert hält den Antrag der Fraktion DIE LINKE für problematisch, da er bereits Vorgaben macht, wie die Lösung aussehen soll und stellt damit die Lösung der Jury in Frage. Von Herrn Eichert wird empfohlen, die Formulierung nochmals zu überdenken und ggf. die Vorlage des Ergebnisses der Verwaltung zum Prüfauftrag der Fraktion CDU/ANW abzuwarten.

Herr Jäkel äußert, dass er sich veranlasst sieht nochmals mit der Fraktion Rücksprache zu führen den Antrag eine gewisse Zeit zurück zu stellen.

zu 4.2 Krampnitz Verkehrserschließung

Vorlage: 15/SVV/0745

Fraktion CDU/ANW

OBR Fahrland, Neu Fahrland, Groß Glienicke

Siehe TOP 4.1

Der Ausschussvorsitzende stellt die neue Fassung des Antrages 15/SVV/0745 zur Abstimmung:

Der Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen und Verkehr empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung zur Beschlussfassung:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Für die Verkehrserschließung des Eingangsbereichs des Entwicklungsbereichs Krampnitz wird der Oberbürgermeister beauftragt:

1. Die Vorgaben aus dem Wettbewerb „Eingangsbereich ehemalige Kaserne Krampnitz“ nebst den Definitionen der Anforderungen für MIV, ÖPNV, Radverkehr, Fußgängerverkehr sowie die Auswertung für alle fünf

Beiträge darzustellen.

2. Den Nachweis der barrierefreien Zugänglichkeit der öffentlichen Gebäude im Eingangsbereich für den Entwurf des Wettbewerbssiegers (Müller/Reimann) zu erbringen.
3. Zu prüfen, ob bei dem Entwurf des Wettbewerbssiegers (Müller/Reimann) eine Verkehrsführung möglich ist, die für die B2 eine durchgehende Vorfahrt mit einer Einmündung des Verkehrs aus dem Quartier Krampnitz berücksichtigt. Wobei stadtauswärts eine durchgehende Fahrspur nebst einer Abbiegespur und stadteinwärts eine Fahrspur nebst einer Abbiege vor und einer Einfädelspur nach der Einmündung aus Krampnitz geprüft werden soll.

Die Vorgaben und Definitionen gemäß Punkt 1. sind dem Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen und Verkehr bis spätestens Ende September 2016 vorzustellen. Die Ergebnisse der Prüfungen und Nachweise sind bis Ende 2016 dem Ausschuss für Stadtentwicklung Bauen und Verkehr und dem Hauptausschuss vorzustellen.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung:	7
Ablehnung:	0
Stimmenthaltung:	0

zu 4.3 Weg für Fußgänger und Radfahrer in Neu Fahrland

Vorlage: 16/SVV/0127

Fraktion Bürgerbündnis-FDP

KOUL, OBR Fahrland und Neu Fahrland, Groß Glienicke

Herr von Osten-Sacken teilt für die antragstellende Fraktion mit, dass der Antrag in einen Prüfauftrag umgewandelt werden soll und bringt folgende neue Fassung ein:

Diskussionsbedarf besteht nicht.

Der Ausschussvorsitzende stellt die neue Fassung des Antrages 16/SVV/0127 zur Abstimmung:

Der Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen und Verkehr empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung zur Beschlussfassung:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt zu prüfen, ob mit einer Finanzierung über Fördermittel und mit den laufenden Ausgaben im aktuellen Haushalt die Realisierung eines sicheren, befestigten und beleuchteten Geh-/Radweges zwischen der Siedlung „Am Föhrenhang“ und der Straße „Am Kirchberg“ unter Berücksichtigung der Freihaltetrasse für die Straßenanbindung Kaserne

Krampnitz erfolgen kann.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung:	7
Ablehnung:	0
Stimmenthaltung:	0

zu 4.4 Uferweg in der Speicherstadt

Vorlage: 16/SVV/0147

Fraktion DIE LINKE

FA

Herr Jäkel bringt den Antrag ein. Er erinnert, dass zwischenzeitlich die technischen Möglichkeiten gegeben sind und ein Einvernehmen mit dem Wasserwerk hergestellt worden ist. Mit dem Antrag soll der Oberbürgermeister beauftragt werden, unverzüglich die notwendigen finanziellen Voraussetzungen für den Bau des Uferweges am Wasserwerk in der Leipziger Straße zu schaffen und Gespräche mit dem Land zu führen, um eine Förderung zeitnah zu erreichen.

Herr Goetzmann hält es für schwierig diesen Antrag im Detail zu analysieren. Auf die Rahmenbedingungen eingehend betont er, dass die finanziellen Voraussetzungen für den Bau des Uferweges Teil der Haushalts- und Investitionsplanung sei. Diese liege in der Hoheit der Stadtverordnetenversammlung, nicht beim Oberbürgermeister. Gegenwärtig sind für diese Maßnahme keine finanziellen Mittel darin ausgewiesen. Ebenso sei unklar, in welcher Art und Weise ein Gespräch mit dem Land geführt werden soll. Herr Goetzmann macht aufmerksam, dass die Maßnahme Bestandteil des Stadt-Umland-Wettbewerbes (SUW) sei und dort zunächst in Priorität 2 mit der Ausrichtung auf die EFRE-Förderung. Wenn und solange dieses Bestandteil des SUW ist, sei man gehindert mit dem Land zu sprechen. Herr Goetzmann ergänzt, dass die Projekte, die Bestandteil des SUW sind, noch nicht den Status von Förderanträgen haben und auch noch sehr sehr offen und unklar sei, ob und in wie weit ein Aufrücken in Priorität 1 möglich sei. Zudem weist Herr Goetzmann darauf hin, dass es noch keine Förderrichtlinie für dieses Programm gebe. Erst dann sei eine Bewertung, ein Sortieren möglich, um zu der Erkenntnis zu gelangen, welches Projekt in Frage kommen könne.

Hinsichtlich des Antragstextes macht Herr Goetzmann aufmerksam, dass es in der Speicherstadt keine Entwicklungsmaßnahme gebe. Die Grundstücksvermarktung erfolgt durch eine städtische Gesellschaft.

Als Quintessenz hält Herr Goetzmann fest, dass man sich bedauerlicher Weise im Moment in einem Status befinde, wo man zum Uferweg zielführend keine Entscheidung treffen könne. Das bedeutet, dass man nur abwarten könne.

Herr Heuer berichtet aus der Sitzung des Finanzausschusses in der vergangenen Woche. Auch hier wurde an Hand der Äußerungen von Herrn Goetzmann festgestellt, dass ohne ein Vorliegen der Förderrichtlinien keine Möglichkeit gesehen wird. Er richtet den Appell an den Antragsteller den Antrag zurück zu

stellen bis ein Signal gegeben wird, dass die Förderrichtlinien vorliegen und sich dann noch einmal zu einem Förderantrag bzw. zu Co-Finanzierungsmitteln zu verständigen.

Herr Kaminski greift das Ergebnis aus dem Finanzausschuss auf und bittet für die antragstellende Fraktion um entsprechende Zurückstellung des Antrages 16/SVV/0147.

Frau Hüneke betont, dass allen an dem Uferweg gelegen ist. Einen entsprechenden Beschluss der Stadtverordnetenversammlung gibt es bereits. Das Bemühen und Handeln der Verwaltung wird bestätigt. Eine zusätzliche Beschleunigung sei nicht erforderlich und ebenso kein weiterer Antrag erforderlich.

Zum Antrag auf Zurückstellung erfolgt kein Widerspruch der Ausschussmitglieder. Der Antrag 16/SVV/0147 wird zurück gestellt.

zu 4.5 Umwandlung eines Busparkplatzes in der Potsdamer Innenstadt

Vorlage: 16/SVV/0148

Fraktion CDU/ANW

KOUL (ff)

Zurück gestellt bis Juni 2016 zur Vorlage des Innenstadtverkehrskonzeptes – siehe Verständigung zur Tagesordnung.

zu 4.6 Streckenbezogene Anordnung von Tempo 30 vor Schulen, Kindertagesstätten sowie Senioren- und Pflegeheimen in der Landeshauptstadt Potsdam

Vorlage: 16/SVV/0162

Fraktion CDU/ANW, SPD

KOUL (ff)

Herr Eichert bringt den Antrag ein und informiert, dass dem Antrag im KOUL-Ausschuss mit folgender geänderter Terminierung: „Dem Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen und Verkehr ist darüber im Oktober 2016 **über den** Arbeitsstand zu berichten.“ zugestimmt worden ist.

Herr Wustrack (Straßenverkehrsbehörde) bringt zum Ausdruck, dass dem Prüfauftrag gefolgt werden könne. Er macht jedoch aufmerksam, dass die notwendige Ermächtigungsgrundlage zur Änderung noch nicht in Kraft sei. Die gewünschte Analyse der 50 Standorte, wo das Bedürfnis besteht, könne jedoch bis Herbst vorgenommen werden.

Auf die Rückfrage von Frau Hüneke zur Umsetzung bereits gefasster Beschlüsse zur Schulwegsicherung geht Herr Wustrack ein. Er macht deutlich, dass im letzten Jahr alle Schulstandorte geprüft und alle Möglichkeiten ausgeschöpft

worden sind.

Herr von Osten-Sacken bekräftigt die Aussage von Herrn Wustrack, dass die neue Rechtslage noch nichts rechtskräftig sei.

Der Ausschussvorsitzende stellt den geänderten Antrag zur Abstimmung:

Der Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen und Verkehr empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung zur Beschlussfassung:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt zu prüfen, auf welchen Potsdamer Straßenabschnitten vor Schulen, Kindertagesstätten sowie Senioren- und Pflegeheimen die streckenbezogene Anordnung von Tempo 30 einen Beitrag zur Erhöhung der Verkehrssicherheit darstellen kann. Dies geschieht im Vorgriff auf die zu erwartende Regelung. Dem Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen und Verkehr ist ~~darüber~~ im Oktober 2016 **über den Arbeitsstand** zu berichten.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung:	7
Ablehnung:	0
Stimmenthaltung:	0

zu 4.7 Skaterhalle in der RAW-Halle

Vorlage: 16/SVV/0196

Fraktion DIE LINKE

B/Sp.

Herr Jäkel bringt den Antrag ein.

Herr Goetzmann berichtet, dass es intensive Gespräche mit dem Grundstückseigentümer gegeben habe. Die gewerbliche Nutzung dieses Grundstückes stellt für den Grundstückseigentümer nicht die lukrative Form der Vermarktung dar. Herr Goetzmann stellt dar, dass dieser Standort eine wichtige P-20-Fläche im beschlossenen Gewerbeflächensicherungskonzept darstellt und somit für die gewerbliche Nutzung reserviert ist. Er erinnert hier auch an die im SBV-Ausschuss geführte Diskussion zu den P-20-Flächen. Von daher empfiehlt die Verwaltung, diesem Antrag nicht zu folgen.

Herr von Osten-Sacken äußert, dass eine Skaterhalle an sich gut sei und fragt, weshalb an diesem Standort in Form eines Kompensationsgeschäftes mit Einzelhandelsnutzung. Er lehne diesen Antrag ab.

Frau Reimers bestätigt, dass es bei der wachsenden Stadt viele konkurrierende

Nutzungen geben würde. An dem Beschluss zur Sicherung von Gewerbeflächen müsse festgehalten werden, auch wenn nicht sofort eine Umsetzung erfolgen könne. Sie betont, dass das Vorhalten von Gewerbeflächen auch zur Haushaltssicherung unbedingt notwendig sei.

Herr Jäkel kann der Erwartungshaltung der Verwaltung, den Erhalt des Baudenkmals mittels Produktionsbetrieb sicherzustellen, nicht folgen.

Herr Kaminski äußert hinsichtlich der Auffassung von Frau Reimers, dass er es für unwahrscheinlich halte, dass für dieses Gebäude eine gewerbliche Nutzung gefunden wird. Von daher hält er an dem Antrag der Fraktion DIE LINKE fest und bittet um Abstimmung.

Der Ausschussvorsitzende stellt den Antrag zur Abstimmung:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird aufgefordert, Gespräche mit dem Eigentümer der RAW-Halle mit dem Ziel zu führen, bei einer Sanierung der Halle die Integration einer Skaterhalle zu prüfen. Dabei könnte z.B. an das Konzept einer teilweisen Einzelhandelsnutzung angeknüpft werden, das vor zwei Jahren vorgelegt worden ist.

Über das Ergebnis der Gespräche ist die Stadtverordnetenversammlung im Juni 2016 zu informieren.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung:	2
Ablehnung:	5
Stimmenthaltung:	0

Damit empfiehlt der Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen und Verkehr der Stadtverordnetenversammlung, den Antrag abzulehnen.

zu 4.8

Masterplan "Seekrug"

Vorlage: 16/SVV/0205

Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, CDU/ANW, SPD
B/Sp.

Frau Hüneke bringt den Antrag ein.

Der Antrag hat im Ausschuss für Bildung und Sport einstimmige Zustimmung gefunden.

Herr Jäkel stellt fest, dass es sich um ein sinnvolles Anliegen handelt und unterstützt den Antrag.

Der Ausschussvorsitzende stellt den Antrag zur Abstimmung:

Der Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen und Verkehr empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung zur Beschlussfassung:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, bis Ende des Jahres 2016 den Masterplan „Luftschiffhafen“ um den Bereich „Seekrug“ zu ergänzen. Dabei sollen sämtliche Grundstücke im mittelbaren und unmittelbaren Umfeld einbezogen werden.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung:	7
Ablehnung:	0
Stimmenthaltung:	0

zu 4.9 Beleuchtung in der Steinstraße

Vorlage: 16/SVV/0223

Fraktionen SPD, CDU/ANW

KOUL

Frau Reimers bringt den Prüfauftrag ein.

Herr Jäkel berichtet, dass der KOUL-Ausschuss sich vergangene Woche mit dieser Thematik befasst habe.

Herr Wustrack (Straßenverkehrsbehörde) informiert, dass die Verwaltung die Beleuchtung in der Steinstraße als verbesserungsbedürftig eingeschätzt hat und sich um eine Umsetzung der Maßnahme in 2017 bemühen wird.

Im KOUL-Ausschuss ist durch einen Vertreter der antragstellenden Fraktion der Antrag als durch Verwaltungshandeln erledigt erklärt worden.

Herr Kaminski weist darauf hin, dass es sich um eine umlagepflichtige KAG-Maßnahme handeln würde.

Herr Heuer fragt nach der Anwohnerbeteiligung.

Herr Wustrack antwortet, dass noch geprüft wird, ob eine KAG-Umlagepflicht besteht. Wenn dies der Fall sein sollte, wird die Anhörung der Anlieger wie vorgeschrieben erfolgen.

Die Mitglieder des SBV Ausschusses nehmen zur Kenntnis, daß der Antrag als durch Verwaltungshandeln erledigt angesehen worden ist.

zu 5 Mitteilungen der Verwaltung

zu 5.1 Teilnahme am Gutachterverfahren Brauhausbergkuppe (ergänzende Neubebauung am ehemaligen Landtag)

Herr Goetzmann erinnert an die Berichterstattung aus der vergangenen Sitzung. Zusätzliche Informationen zu dem Gutachterverfahren Brauhausbergkuppe sind den Ausschussmitgliedern mit den Ausschussunterlagen zugegangen.

Frau Hüneke erklärt sich bereit, dem Gutachterverfahren als Gast für den SBV-Ausschuss wahrzunehmen.

Herr Eichert schlägt vor, sich vertretungsweise zur Verfügung zu stellen.

Seitens des Ausschusses erfolgt kein Widerspruch.

zu 6 Sonstiges

Herr Goetzmann erinnert an den Beschluss der Stadtverordnetenversammlung für die Gestaltung des Johan-Bouman-Platzes einen Wettbewerb durchzuführen. Der freiraumplanerische Wettbewerb ist durchgeführt worden. Vor drei Wochen fand die Jurysitzung statt. Herr Eichert hat als Vertreter für den SBV-Ausschuss daran teilgenommen.

An Hand einer PowerPoint-Präsentation informiert Herr Goetzmann über das Wettbewerbsergebnis und geht auf Rückfragen zur Pflasterung ein.

Herr Eichert berichtet, dass es eine sehr deutliche Entscheidung gegeben habe. Die Zielrichtung war die Behauptung des Platzes in dem vorhandenen Umfeld zu ermöglichen und dem Platz eine gewisse Individualität zur Erlebarkeit zu verleihen.

Herr Tomczak teilt mit, dass er stellvertretend dabei war und die Aufgabenstellung eine große Herausforderung dargestellt habe. Mit diesem Wettbewerbsergebnis sei eine gute Idee gefunden worden.

Herr Goetzmann informiert über die Bitte von Frau Reimers, nähere Auskünfte zum Abriss von Wohnblöcken und Wohnungsneubau in Satzkorn zu erhalten. Anlass war ein Schreiben der Verwaltung an den Ortsbeirat Satzkorn im Zusammenhang mit der Vergabe eines neuen Straßennamens für eine neu entstehende Privatstraße zwischen der „Straße des Friedens“ und der „Straße zum Bahnhof“ aufgrund des Abrisses bestehender und der Errichtung neuer Wohnobjekte. Anhand eines Lageplanes informiert Herr Goetzmann über das

Vorhaben. Drei bisher bestehende Wohnblöcke sollen abgerissen und stattdessen mit Doppelhaushälften bebaut werden.

Die aktuelle Situation stellt sich wie folgt dar. Für dieses Vorhaben sowie für die Errichtung eines Doppelhausstandortes sind insgesamt 28 Bauanträge und ein zusätzlicher Antrag zur Errichtung einer Privatstraße gestellt worden. Beabsichtigte Abrisse sind anzuzeigen, jedoch sind diese nicht genehmigungspflichtig.

Herr Heuer bittet um Auskunft, ob die zum Abriss vorgesehenen Gebäude noch bewohnt sind und wenn ja, ob es Angebote gegenüber den Mietern gegeben habe.

Herr Goetzmann wird die Frage an den Bereich Wohnen, Herrn Jekel, weiter geben, so dass in der nächsten Sitzung darüber informiert werden könne.

Frau Hüneke greift die Aussage von Frau Tack auf, dass der Einsatz der Fördermittel für den Abriss der Fachhochschule besser zum Erhalt der Fachhochschule eingesetzt werden sollten.

Herr Goetzmann geht kurz auf die Problematik des Treuhandvermögens ein. Unter Verweis auf die sich im Geschäftsgang befindliche Große Anfrage (Bürgerbegehren "Kein Ausverkauf der Potsdamer Mitte") informiert er, dass darin mindestens zwei Fragen enthalten sind, die in diese Richtung gehen. Die Beantwortung wird durch die Verwaltung für die Sitzung der Stadtverordnetenversammlung im Juli 2016 im Detail aufbereitet. Er bittet die Beantwortung bis dahin abzuwarten.

Ralf Jäkel
Ausschussvorsitzender

Viola Kropp
Niederschrift